



Florian Hahn MdB

LIEBE LESERINNEN UND LESER, LIEBE FREUNDE DES ASP,

der Blick in die Glaskugel ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden. Wer hätte in der Nacht vom 23. Juni 2016 gedacht, dass sich die Mehrheit der britischen Wähler gegen den Verbleib in der EU entscheidet? Und trotz eines „Nach dem Brexit ist alles möglich“-Gefühls glaubte auch keiner wirklich daran, dass Donald Trump der nächste Präsident werden könnte. Es stimmt, Politik sollte immer ein Seismograf der Lebenswirklichkeit sein. Aber wie können wir reagieren, wenn wir nicht mehr vorhersagen können, wie sich ein Großteil der Bevölkerung entscheiden wird?

Klar ist: Wir sollten nicht in Schockstarre verfallen, sondern die Herausforderungen durch Brexit und US-Wahlergebnis als Chance begreifen, den eigenen Vorgarten wieder einmal umzugraben. Ich glaube fest daran, dass die europäische Idee, genauso wie die Werte unserer transatlantischen Freundschaft, längst keine Vergangenheit sind. Aber, um zur Zukunft zu gehören, müssen wir kritisch reflektieren, wie es so weit kommen konnte. Wir müssen die europäische Idee mit einem neuen Geist beleben und uns auf die großen Themen konzentrieren. Wir müssen zeigen, dass eine liberale freiheitliche Weltordnung, von der wir sehr profitieren, nur durch Multilateralismus und Kooperation gelingen kann.

Auch verteidigungspolitisch müssen wir lernen, sicherer auf eigenen Beinen zu stehen und mehr in unsere Sicherheit zu investieren. Denn die Ereignisse seit 2013 haben die Welt dauerhaft und spürbar verändert, unsere etablierten Verteidigungsstrukturen werden in neuer Form herausgefordert. Nur mit einem ganzheitlichen strategischen Ansatz, der ressortübergreifend agiert, gesamtgesellschaftlich ertüchtigt und auf Partnerschaften baut, können wir Stabilität und Sicherheit schaffen. Garant für ein handlungsfähiges Deutschland ist dabei jetzt und in der Zukunft unsere Bundeswehr. Entscheidend ist daher, dass wir, gerade mit Blick auf die Einsparungen in den letzten Jahren, das Leistungsvermögen und vor allem die Ausrichtung der Bundeswehr neu bewerten und konsequent ausgestalten. Eine stärkere Akzentuierung der Landes- und Bündnisverteidigung einschließlich der Abschreckung sind notwendig. Die Trendwenden „Material“ und „Finanzen“ bieten hierbei eine erste Basis – müssen aber jetzt beharrlich weiter umgesetzt und erweitert werden.

Wichtig ist darüber hinaus, dass wir uns den Kern unserer Widerstandsfähigkeit, sprich unsere gemeinsamen Werte und die Übereinkunft, diese zu verteidigen, wieder stärker ins Bewusstsein rufen. Neue Bedrohungen wie Cyber-Angriffe, staatsfeindliche Ideologien und Terrorismus richten sich direkt gegen unser Gemeinwesen und somit gegen uns als Bürgerinnen und Bürger. Jeder Einzelne sollte sich deshalb seiner Verantwortung, seiner Rechte, aber auch seiner Pflichten als Bürger einer Demokratie bewusst sein. Konkret brauchen wir eine wehrhafte, widerstandsfähige und willensstarke Gesellschaft, die als Rückgrat eines sicheren und freiheitlichen Deutschland fungiert. Entscheidend ist dabei ein Staatsverständnis, das sich nicht auf die Exekutive beschränkt. Wenn Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit herausgefordert werden, müssen wir als Gemeinschaft handlungsfähig sein.

Mit besten Grüßen
Ihr Florian Hahn MdB,
Landesvorsitzender des ASP



Prof. James Bindenagel

DER ANFANG VOM ENDE DER LIBERALEN WELTORDNUNG?

VON PROF. JAMES BINDENAGEL,
HENRY-KISSINGER-PROFESSOR UND LEITER DES CENTER FOR INTERNATIONAL SECURITY AND GOVERNANCE AN DER UNIVERSITÄT BONN

In seiner bisherigen Amtszeit erließ US-Präsident Donald Trump eine Flut an präsidentialen Dekreten, die zusammen mit seinen inkohärenten Aussagen die Welt geschockt und zu Rissen in der liberalen Weltordnung beigetragen haben. Eine Weltordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam von USA und Europa aufgebaut wurde und die sich derzeit ohnehin durch Flüchtlingsproblematik, territoriale Streitigkeiten im asiatisch-pazifischen Raum, Ukraine-Konflikt in Europa und ISIS und syrischen Bürgerkrieg im Mittleren Osten in einem chaotischen Zustand befindet.

Mit seinem kürzlich veröffentlichten Vorschlag eines US-Haushaltsbudgets für das Jahr 2018 untermauerte Trump erneut seine Devise: „America First“. Er will mehr finanzielle Mittel für das US-Militär, die Terrorismusabwehr und den Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko aufwenden anstatt für Projekte der internationalen Gemeinschaft wie internationale Entwicklungshilfe und den Klimaschutz.

Aus der Sicht des neuen US-Präsidenten reiben sich die Vereinigten Staaten in den Krisen dieser Welt auf, indem sie sich zu stark um die Probleme anderer Nationen kümmern. Für die politische, wirtschaftliche und militärische Stärkung anderer Nationen ausgegebenes Geld ist in Trumps Augen verschwendet – eine Ansicht, die der Auffassung der vor ihm regierenden republikanischen und demokratischen Präsidenten bis hin zu Harry Truman und dem Marshallplan widerspricht. Der neue US-Präsident setzt auf bilaterale Abkommen und die Zusammenarbeit mit dem historisch engsten Verbündeten Großbritannien. Der Brexit und populistische Strömungen

in anderen Ländern der EU werden von der neuen US-Regierung überraschenderweise befürwortet – eine erstaunliche Umkehr der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Europa nach sieben Jahrzehnten unerschütterlicher Unterstützung für die europäische Integration, die zur fortschreitenden Auflösung der multilateralen Weltordnung beiträgt.

So haben Trumps Handlungen in den ersten Monaten als US-Präsident das Vertrauen der wichtigsten Partner der USA, der Europäer und insbesondere der Deutschen, zeitweise zutiefst erschüttert. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ es sich in ihrer Gratulation an den neuen amerikanischen Präsidenten nicht nehmen, auf historisch gewachsene, gemeinsame Werte der engen Partnerschaft zwischen den USA und Deutschland wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenwürde hinzuweisen.

Auch beim ersten persönlichen Aufeinandertreffen machte Merkel erneut klar, dass die Partnerschaft mit den USA für die Bundesrepublik den Grundstein der deutschen Außenpolitik darstellt und es auch in Zukunft bleiben soll. Wohlwissend, dass die derzeit stattfindende Auflösung der westlichen Weltordnung durch die Wahl Donald Trumps und eine mögliche zukünftige isolationistische Politik der Vereinigten Staaten von Amerika beschleunigt werden würde.

Schon auf der Münchener Sicherheitskonferenz in diesem Jahr machten Regierungsvertreter der USA entschieden klar, dass die Vereinigten Staaten zwar zu Europa und zur NATO stehen, sie aber eine umfassende Steigerung der Ausgaben



der europäischen Mitglieder auf die viel diskutierte 2%-Marke für unabdingbar halten. Ob Trump eine langfristige Erhöhung der Verteidigungsetats bis 2024 – wie 2014 beim Nato-Gipfel in Wales vereinbart – akzeptiert, ist nach den Erfahrungen mit seinem bisherigen, auf kurzfristige Erfolge ausgelegten Politikstil mehr als fraglich.

Deutsche Kritik an der Finanzierung der NATO sollte jedoch verhalten geäußert werden, denn sie kann auch zu Verstimmungen innerhalb der transatlantischen Allianz und mit den USA führen. Die Mitglieder auf dem alten Kontinent müssen mehr Verantwortung innerhalb des Bündnisses übernehmen. Sei es in Bezug auf die gemeinsame Anschaffung von zeitge-

mäßen und einheitlichen Waffensystemen oder die Bereitstellung von Truppen.

Wir befinden uns an einem Wendepunkt der transatlantischen Beziehungen, an dem Deutschland innerhalb der Partnerschaft zur Übernahme von Verantwortung aufgerufen ist. Eine vorsichtige Politik des Abwartens scheint verlockend,



doch die Bundesrepublik muss für die gemeinsamen, den Grundstein der transatlantischen Beziehungen bildenden Werte einstehen. Nicht nur die europäischen Partner erwarten die Übernahme von internationaler Verantwortung wie bei den Verhandlungen des MINSK-Abkommens, sondern auch die USA. Die diplomatischen Fähigkeiten Deutschlands sind auch ein Faustpfand für die transatlantischen Beziehungen bei Verhandlungen mit autokratischen Staaten.

Deutschland kristallisiert sich aufgrund seiner Wirtschaftskraft und seiner politischen Stabilität in der derzeitigen Schwächephase der EU als Führungskraft des Kontinents heraus – eine Rolle, die das Land aufgrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts und der damit verbundenen Ressentiments nur zögerlich annimmt. Die Krux für Deutschland besteht in der Übernahme von Verantwortung, ohne als zu mächtige Nation im Zentrum Europas zu erscheinen. Sollte die französische Bevölkerung bei den bevorstehenden Wahlen den Versuchungen des Front National widerstehen und gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgehen, so könnte ein mögliches Wiederbeleben der alten innereuropäischen Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland ein positives Signal für die EU, die USA unter Donald Trump, den Westen als Ganzes und letztendlich auch für die liberale Weltordnung bedeuten. Donald Trump hingegen sollte die etablierten Werte der transatlantischen Beziehungen und der liberalen Weltordnung ernst nehmen und in seine Außenpolitik einarbeiten. Individuelle Abmachungen mit den Führungspolitikern der Welt basierend auf den Grundsätzen seines Geschäftslebens zu treffen, ohne an die oft weitreichenden Konsequenzen für die internationale Sicherheitsarchitektur zu denken, würde den Zusammenhalt der westlichen Welt ernsthaft gefährden. Die auf einer außenpolitischen Vision gründende „Strategic Patience“ seines Vorgängers Barack Obama scheint schon jetzt ein Relikt vergangener Zeiten zu sein.